

Fortschritt und linker Reformismus

von Benjamin Mikfeld

1. Die SPD – kommt da noch was?

Es ist das Verdienst der Zeitschrift „Berliner Republik“, unter der Fragestellung „Sozialdemokratie. War’s das schon – Oder kommt noch was?“ einen bunten Reigen an knappen Texten aus dem weiteren Umfeld der Sozialdemokratie veröffentlicht zu haben. Man kann der Zeitschrift nicht anlasten, dass ein nach Orientierung suchender Leser nach der Lektüre wohl eher noch ratloser ist, was die Zukunft der SPD betrifft. Da liest man die etwas irritierende Einschätzung einer bekannten Romanautorin, dass der sich selbst ausbeutende Freiberufler heute das sei, was gestern der „ausgebeutete Fließbandarbeiter“ war. Eine Journalistin hingegen fordert von der SPD eine Rückbesinnung darauf, die Interessenvertretung der „kleinen Leute“ zu sein. Einen Ex-Regierungsmitarbeiter stört die Identität als Weltanschauungspartei, ein Gewerkschafter fordert jedoch eine neue sozialdemokratische Erzählung ein. Ein anderer Ex-Regierungsarbeiter verlangt mehr „Haltung“ sowie „Maß und Mitte“, ein Publizist wiederum beklagt den Verlust des Markenkerns der sozialen Gerechtigkeit.

Einig sind sich die meisten Autoren in einem: Die SPD habe den Anschluss an gesellschaftliche Entwicklungen, Lebensrealitäten und -gefühle verloren. Das Problem ist: Jeder meint die eigenen Lebensrealitäten oder politischen Wahrnehmungen. Die pointiertesten Bewertungen kommen daher wohl nicht zufällig von außen. Der CDU-Vordenker Warnfried Dettling kommt zu dem Schluss: „Die SPD denkt die Gesellschaft aus der Perspektive der Partei, nicht die Partei aus der Perspektive der Gesellschaft.“ Und die junge schwedische Journalistin Katrine Kielos meint: „Ein großes Problem der Sozialdemokraten besteht darin, dass sie sich selbst als progressiv betrachten, während die Wähler/innen sie als konservativ wahrnehmen“.

Wenn diese Diagnosen annähernd zutreffen, steht die Selbstzuschreibung der SPD als eine moderne Volkspartei auf dem Prüfstand. Denn in der Gesamtschau der Beiträge spiegelt sich letztlich wider, dass die SPD auch im Jahr 2011 noch nicht wirklich mit sich selbst – und ihrem politisch-publizistischen Umfeld – geklärt hat, mit welcher politischen Strategie sie ins 21. Jahrhundert ziehen will. Und so schwelt im Vorfeld der Bundestagswahl 2013 auch schon der latente Konflikt darüber, ob es darum gehe, der konservativ-liberalen Regierung mit einer Auseinandersetzung über die politische Richtung zu begegnen oder vorrangig sei, einfach nur „besser“ zu regieren als das Kabinett Merkel. Doch während damit die ermüdend selbstreferentielle interne Auseinandersetzung in die gefühlte 476. Runde geht, wenden sich wachsende Teile des Publikums längst desinteressiert ab.

Mit Blick auf die Wahlergebnisse der jüngeren Vergangenheit und das Phänomen „Piratenpartei“ deutet sich inzwischen eine Besorgnis erregende Entfremdung von der jungen Generation an. Schon bei der Bundestagswahl gewann die SPD in der Altersgruppe der 18-25-jährigen nur 18,5 Prozent – gerade mal gut drei Prozentpunkte mehr als die „Sonstigen“ in dieser Gruppe gewinnen konnten. Die Piratenpartei hat bereits 2009 bei jungen Männern dieser Altersgruppe in Berlin 14 Prozent gewinnen können, aber dies galt ebenso für eher ländliche Regionen (z.B. Baden-Württemberg 12,2 Prozent, Mecklenburg-Vorpommern 14,2 Prozent). Bei der Abgeordnetenhauswahl Berlin 2011 lag der Wähler/innenschwerpunkt der SPD eindeutig in der Altersgruppe „60 plus“. Bei den Jungwähler/innen bis 24 Jahren lag sie nur acht Prozentpunkte vor der Piratenpartei, bei den männlichen Jungwählern beträgt der Vorsprung nur 2 Prozentpunkte. Offenbar trifft

www.marxistische-blaetter.de



Einzelheft:
128 Seiten, 9,50 €
Jahresabo: 48,00 €
Ermäßigt: 32,00 €

Ältere Hefte
schicken wir
gerne auch
kostenlos zu

Man nennt es RECHTSPOPULISMUS

Auf der „Spur des Bösen“ – „Pathologischer Massenmörder“ und „unerkklärliche“ Tat? **Hans-Peter Brenner** | Dänemark – ein Erfolgsmodell für die europäische Rechte? **Phillip Becher** | Zur Entwicklung des Rechtspopulismus in Skandinavien **Stefan Godau** | Rechtsextremismus in Frankreich **Georg Polikeit** Gewerkschaftsfeindlich, korrupt, rassistisch – Rechtspopulismus in Österreich **Anne Rieger** | Die rechte Schweiz **Anne Polikeit**
Weitere Themen:

Die Imperialismusfrage heute (A. Wehr), Wachstumsfragen (E. Altvater), Warenproduktion (H. Müller), die Euro-Krise (L. Zeise), Nordafrika (W. Ruf), Genossenschaften in Kuba (G. Pohl) und Kissingers China (H. Peters)

Bestellung bei Neue Impulse Versand
Hoffnungstr. 18 | 45127 Essen
Tel.: 0201-24 86 48 2 | Fax: 0201-24 86 48 4
E-Mail: info@neue-impulse-verlag.de



NEUE IMPULSE VERLAG

der Liedermacher Reinald Grebe in seinem Stück „20. Jahrhundert“ einen wunden Punkt: Er stellt Willy Brandt und die SPD in eine Reihe mit VW Käfern, Münzfernsprechern und Mixkassetten. Alles ist mal cool oder zumindest funktional gewesen – aber eben im 20. Jahrhundert. Das ist Satire, hat aber einen wahren Kern. Für größer werdende Teile der Gesellschaft steht die SPD – kurz vor ihrem 150. Geburtstag – offenbar eher für eine mehr oder weniger gute Vergangenheit als für eine bessere Zukunft.

2. Die Dialektik eines linken Reformismus

Auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall im Oktober 2011 forderte der Erste Vorsitzende Berthold Huber in seinem „Zukunftsreferat“ eine politische Strategie für einen Kurswechsel: „Sie hat einerseits langfristige Ziele. Andererseits muss sie uns im Hier und Jetzt handlungsfähig machen“, so Huber. Mit Bezug auf den französischen Sozialwissenschaftler Robert Castel nannte er diese Strategie einen „linken Reformismus“. Da der Begriff des Reformismus in den letzten zwei Jahrzehnten umdeutet wurde und nicht mehr ohne weiteres für eine linke politische Konzeption steht, stellt Castel den liberalen und den linken Reformismus als einander entgegengesetzte Konzepte gegenüber. Während der liberale Reformismus den freien Markt und die totale Flexibilität zur Maxime erkläre, stünde der linke Reformismus für die Verteidigung der sozialen Rechte – allerdings im allgemeinen Interesse und nicht im Sinne einer Verteidigung der Besitzstände einzelner Gruppen. Jedoch könne der linke Reformismus auch nicht bei einer Schadensbegrenzung unter wirtschaftsliberalen Vorzeichen stehen bleiben sondern setze auf ein „Höchstmaß an politischem Gestaltungswillen“ und „das Körnchen Utopie, das sich heute unter Beachtung des Realitätsprinzips verteidigen lässt.“¹

¹ Robert Castel (2011): Die Krise der Arbeit. Neue Unsicherheiten und die Zukunft des Individuums, Hamburg, S. 238

Der Vorstoß Hubers, wie auch die Definition Castels´ sind durchaus verwandt mit der Initiative der SPD-Parteiführung zu Beginn dieses Jahres, eine Diskussion über einen „neuen Fortschritt“ zu beginnen. Wohl weil der Begriff nicht sofort „zündete“, wurde er schnell wieder beiseite gepackt. Aber an dieser Stelle geht es weniger um die Semantik, sondern das mit dem Begriff verbundene Bemühen, seitens der Sozialdemokratie wieder so etwas wie Zukunftskompetenz zurückzugewinnen.

Denn gerade wenn die Gesellschaft pluraler wird und sich klassische politische Bindungen lockern, droht sich auch eine gemeinsame Idee von einer anzustrebenden Zukunft aufzulösen. Wo eine solche politische Idee fehlt, verlieren sich einige im Pessimismus und Fatalismus, andere basteln sich ihre individuelle Zukunft. Wenn die Selbstzuschreibung der SPD als Volkspartei noch irgendeinen Sinn machen soll, dann die, eine Plattform dafür zu sein, über Gruppen- und Milieugrenzen hinweg eine linke und emanzipatorische Fortschrittsidee zu entwickeln und einen Beitrag dafür zu leisten, diese gemeinsam mit anderen politischen Kräften mehrheitsfähig zu machen.

Ein linker Reformismus wäre also ein Fortschrittsprojekt im doppelten Sinne – einerseits als eine neue Erzählung vom gemeinsamen Fortschritt, andererseits ein neues Projekt der progressiven (also linken oder emanzipatorischen) politischen Kräfte. Dabei kann die Linke selbstredend nicht mehr an alte Erzählungen vom nötigen, durch objektive historische Gesetzmäßigkeiten bestimmten, aber auch nicht an Erzählungen von einem linearen Fortschritt des Industriezeitalters anknüpfen. Es geht um eine reflexive Idee vom Fortschritt, der als gemeinsamer Lernprozess zu verstehen ist, aber eine klare Richtung im Sinne von normativen Vorstellungen und benennbaren Zielen hat, also auch um einen „möglichen Fortschritt“², der wieder das Bewusstsein da-

für stärkt, dass Menschen gemeinsam ihre Zukunft besser machen können und voneinander abhängig sind.

Ein solcher Reformismus setzt jedoch voraus, dass die SPD sich wieder in die Lage versetzt, **vier** – im internen Streit oft als gegensätzlich diskutierte – Spannungsverhältnisse dialektisch aufzulösen:

Pragmatismus und Utopie

In der jüngeren Vergangenheit war die SPD in vielen Fragen eher die Getriebene der Entwicklung als selbst Treiberin. Neue, aufwachsende Widersprüche des modernen Kapitalismus kommen im Mainstream der SPD meist erst dann an, wenn sich längst neue politische Formierungen (Grüne, NGO, Linkspartei, Piratenpartei, ...) gebildet haben: Gestern die Umweltfrage, heute Prekarisierung und Finanzkapitalismus, morgen vielleicht Themen wie Wissensmonopole und Biomacht. Nicht selten muss dabei der Geist wieder zurück die Flasche gezwängt werden, der von eigener Hand herausgelassen wurde. Selbst als 2007 bei der Finalisierung des Hamburger Grundsatzprogramms in den Medien und der kritischen Wissenschaft schon längst intensiv über das Phänomen des Finanzkapitalismus diskutiert wurde, konnten sich die thematisch Feder führenden nur zu eher harmlosen Formulierungen zu dieser Entwicklung durchringen. Schon kurze Zeit später wurde die „Diktatur der Finanzmärkte“ selbst von Konservativen angeprangert und Kanzlerin Merkel plädierte für eine Finanztransaktionssteuer. Ihrer Zeit voraus war die SPD gerade in solchen Fragen zuletzt eher selten.

Man kann Politik auf den Korridor beschränken, den die gegenwärtigen politischen hegemonialen Verhältnisse zulassen und dies dann als „Pragmatismus“ erklären. Oder man kann *zugleich* daran arbeiten, diesen Korridor in die eigene Richtung zu verschieben, indem man strategische gesellschaftliche Überzeugungs-

2 Massimo L. Salvadori (2008): Fortschritt – die Zukunft einer Idee, Berlin

arbeit leistet. Erst recht in Zeiten politischer Unklarheit und gelockerter Parteibindungen wird das Bemühen um Meinungsführerschaft, die Arbeit an politischen Diskursen bzw. das Ringen um Hegemonie immer wichtiger. Lange Zeit wurde in der SPD der Mythos „Kampagne können wir“ gepflegt. Das war gemünzt auf die Wahlerfolge 1998 und 2002 bzw. den überraschenden Aufholprozess 2005. Doch Politik folgt nicht der Logik Olympischer Spiele. Kampagnenfähigkeit muss viel mehr sein als die politische Bewährungsprobe alle vier Jahre. Permanente Kampagnenfähigkeit heute in erster Linie: Diskursfähigkeit. Und Diskursfähigkeit ist eine Investition in politische Mehrheitsführerschaft in der Zukunft.

So mancher lähmende interne Richtungsstreit könnte produktiv gewendet werden, wenn die SPD in ihrem strategischen Zentrum wieder zu einer reformistischen Dialektik von Pragmatismus und Utopie (oder von Regierungs- und Programmpartei) gelangen und in einen externen Richtungsstreit eintreten würde. Ein linker Reformismus muss definierte und mobilisierungsfähige Ziele haben – solche, die unter realistischen Bedingungen in einer Legislaturperiode zu erreichen sind, aber auch solche, die darüber hinausweisen, andere Kräfteverhältnisse erfordern oder möglicherweise nur international realisiert werden können. So könnte beispielsweise die Diskussion über neue Wohlstandsindikatoren jenseits des BIP, die aktuell auch in der so genannten „Fortschritts-Enquetekommission“ des Deutschen Bundestags geführt wird, dazu genutzt werden, die politische Zielperspektive eines linken Reformismus öffentlich und im absichtsvollen Konflikt mit den Konservativen und Liberalen zu verhandeln.

Kapitalismuskritik und politischer Optimismus

Ein linker Reformismus setzt demnach voraus, dass der gegenwärtige Kapitalismus einer ernsthaften Kritik unterzogen wird. Doch

der Einwurf des Publizisten Robert Misik ist ernst zu nehmen, dass eine linke Mehrheit wohl zunehmend weniger mit einer pessimistischen Grundhaltung zu gewinnen ist³, so nach dem Motto: Es war ja schon immer schlecht, aber so schlimm wie heute war es noch nie. Auch in Teilen der SPD populäre Zeitdiagnosen wie „Postdemokratie“ oder „Prekarisierung“ beinhalten wichtige Kritikpunkte. Sie erzählen aber oft eine Geschichte des Niedergangs, der die progressiven Trends – die es auch in der Arbeitswelt und der Demokratie gibt – unterschlägt. Und sie kommen im Gewand des „früher war alles besser“ anstatt mit der Botschaft „in Zukunft kann es besser sein“. Antonio Gramscis Aufforderung nach einem „Pessimismus des Verstandes“ und einem „Optimismus des Willens“ fordert genau diese Kapitalismuskritik ein, die sich nicht im Beschreiben des Elends erschöpft, sondern nach den progressiven Potenzialen und Optionen fahndet, die es zu nutzen und zu mobilisieren gilt.

Konkrete Politik und größere Erzählungen

In einer differenzierten Gesellschaft stärkt diejenige politische Kraft ihre Legitimation und Deutungsmacht, die das Verschiedene zusammenführen kann, die in der Lage ist, plurale Identitäten in einem politischen „Gemeinsamen“ zusammenzuführen und so eine neue „organische Solidarität“ herzustellen. Eine kritische Sichtung der „Beschlusslage“ der SPD würde zu dem Ergebnis kommen, dass diese durchaus besser ist als ihr Ruf. Sie hat jedoch keinen politischen Fokus, bzw. diskursiven Knotenpunkt auf den sie komplexe und differenzierte Sachverhalte und programmatische Spiegelstrichkataloge ausrichtet. Gerade weil der neoliberale Kult des Individualismus an Legitimation verloren hat, ist eine Idee nötig, die den „subjektiven Faktor“ aufgreift, aber die liberale individualisierte Denkweise überwindet. Während die Libe-

3 Robert Misik (2010): Anleitung zur Weltverbesserung, Berlin

ralen alle wesentlichen Fragen auf die Formel „Privat vor Staat“ konzentriert haben, müsste die Formel für die Sozialdemokratie eher „Mehr Sicherheit und Autonomie durch mehr Gemeinsamkeit“ lauten. Es geht dabei darum, den neoliberalen Diskurs vom Kopf auf die Füße zu stellen: Nicht das eigenverantwortliche Individuum und der Eigennutz geht dem Gemeinwohl voraus, sondern es ist oft umgekehrt. In der Wirtschaftspolitik bedeutet dies beispielsweise, entgegen der Ideologie des Besitzindividualismus und der „Oikodizee“⁴ (also der ökonomische Rechtfertigungslehre) der unsichtbaren Hand eine ökonomische Erzählung zu entwickeln, die die produktive Rolle des „Gemeinsamen“ für ein nachhaltiges und soziales Wirtschaften betont: hierzu gehören unter anderem demokratische Regeln, Sicherheit, Vertrauen, öffentliche Güter oder auch kollektives Wissen. In der Arbeit- und Sozialpolitik müssten die verschiedenen Einzelforderungen gebündelt werden in einem Leitbild eines neu definierten Normalarbeitsverhältnisses, das gewünschte Flexibilität zulässt sowie damit verknüpft einer Aktualisierung der Idee sozialer Bürgerrechte – vom Mindestlohn, über die Bürgerversicherung bis hin zu einer Aktualisierung der Forderung nach „industriellen Bürgerrechten“ in Betrieb und Unternehmen.

Orientierung und Beteiligung

Die SPD denkt sich selbst immer noch als große Fabrik, die ihren politischen Produktionsprozess intern organisiert und bei Wahlen in den Wettbewerb mit den anderen großen Politikfabriken tritt. Und zwar auf allen Ebenen, wie eine Befragung der Ortsvereine im Jahr 2010 gezeigt hat: die Hälfte (derjenigen, die überhaupt geantwortet haben) pflegt keinen Kontakt zur Zivilgesellschaft im lokalen Umfeld. Damit droht die SPD jedoch den Anschluss an die Komplexität und Kreativität der Gesellschaft zu verlieren. Interessante

Ideen und das Wissen für die Gestaltung der Zukunft kommen oft und immer mehr aus dem zivilgesellschaftlichen Bereich. Selbstverständlich gibt es nach wie vor gesellschaftliche Gruppen, die das Prinzip der politischen Repräsentation wollen und auch auf eine politische „Schutzmacht“ angewiesen sind. Und der schnelle Ruf nach mehr direkter Demokratie ignoriert, dass solche Verfahren sozial selektiv sind. Zugleich erleben wir aber derzeit eine kleine demokratische Revolution, die sich jenseits der Parteien und zunehmend auch gegen sie entwickelt. Demokratische Ansprüche der Aktivbürger, die politische Wissens- und Ideenproduktion und die Artikulation von Meinungen und Interessen lassen sich oft nicht mehr in das starre Gehäuse und den behäbigen Apparat einer Partei pressen. Viele Unternehmen haben längst verstanden, dass sie ihre Kunden aktiv an der Ideen- und Produktentwicklung beteiligen müssen. Ein politisches „Crowdsourcing“ hingegen muss mehr sein, als etwa Kommentare auf der eigenen Website zuzulassen. Die politische Kooperation und Kollaboration müssen zur Alltagskultur werden. Die SPD sollte daher in Zukunft mehr Plattform für Ideen sein, der Ort an dem Kompetenzen verknüpft und politisch verdichtet werden. Auch hier brauchen wir also eine neue Dialektik aus politischer Bündelung und Orientierung von Impulsen als Partei einerseits und einer Öffnung für Ideen aus der Gesellschaft.

Die SPD ist längst nicht mehr die einzige Partei eines linken Reformismus, aber noch besteht die Chance, dass sie eine wichtige (zusammen-)führende Rolle in einer pluralen Linken⁵ einnehmen kann. ■

☞ Benjamin Mikfeld ist Diplom-Sozialwissenschaftler, Mit-Herausgeber der spw und lebt in Berlin.

⁵ vgl. Benjamin Mikfeld (2011): Was ist das Gemeinsame? Überlegungen zur Zukunft der pluralen Linken, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 08/2011, S. 99ff.

⁴ Joseph Vogl (2010): Das Gespenst des Kapitals, Zürich